#HALBZEITBILANZ19

Freie Demokraten

Fraktion im Bundestag FDP

Christian Lindner

Vorwort: **Deutschland ist ein starkes Land in einer Welt des Umbruchs. Megatrends wie Globalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel stellen den Status quo infrage. Die Werte des Westens geraten global unter Druck. Völkerrecht, Multilateralismus und unser System von Bündnissen und Verträgen werden offen zur Disposition gestellt. Autoritäre Kräfte und mit ihnen Abschottung, Militarismus und Protektionismus gewinnen an Macht. Das Vertrauen in die freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung schwindet. Wir haben deshalb keine Zeit zu verlieren. Schon aus wohlverstandenem Eigeninteresse heraus muss die Stimme Deutschlands in der Welt vernehmbar sein.**

Dazu müssen wir Deutschland fit machen und uns auf unsere Stärken besinnen. Wir brauchen eine Politik der Vernunft, die mit Maß und Mitte die Herausforderungen anpackt. Stattdessen beobachten wir eine Politik, die mit zunehmendem Bürokratismus lenkt, bevormundet und inzwischen sogar enteignen möchte. Die Pole verhärten sich und die politischen Ränder bestimmen zu viele Debatten. Die symbolische Forderung ist vielen wichtiger als ihre Wirksamkeit in der Realität. Technische Argumente werden moralisch zurückgewiesen. Die Toleranz gegenüber anderen Lebensstilen schwindet. Das Dogma der Alternativlosigkeit und der präsidiale Regierungsstil der vergangenen Jahre haben den Populismus von rechts wie links wachsen lassen. Und trotz wachsender Herausforderungen denkt die deutsche Politik zunehmend kleiner. Große Vorhaben haben schon lange keine Chance auf Umsetzung mehr. Die Zeit des Wegmoderierens von Problemen, bis sie so groß werden, dass sie kaum noch lösbar sind, muss enden. Der Wunsch nach Aufbruch ist überall zu greifen.

Deutschland muss endlich Gestalter von Veränderung sein – und nicht Objekt. Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag machen den Wandel zu einem Gewinn. Wir wollen eine Zukunft, die Aufstieg, Selbstbestimmung und Wohlstand für alle ermöglicht. Die nachkommenden Generationen ökologisch, sozial und ökonomisch intakte Lebenschancen bietet. Eine Zukunft, die garantiert, dass sich jede und jeder selbstbestimmt und frei entfalten kann. Die Liebe zur Freiheit, die Leidenschaft für Vernunft und die Lust auf Zukunft – das verbindet uns Freie Demokraten. Damit stehen wir manchmal gegen den Trend. Aber so sind wir eben!

01

Zahlen, Daten, Fakten.

80

Abgeordnete

43
Veranstaltungen

18
Änderungsanträge

270
Anträge

21
Gesetzentwürfe

35
Entschließungsanträge

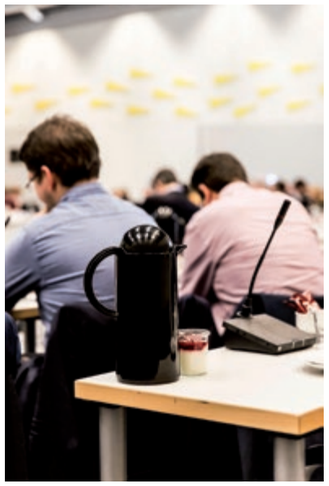
13
Aktuelle Stunden

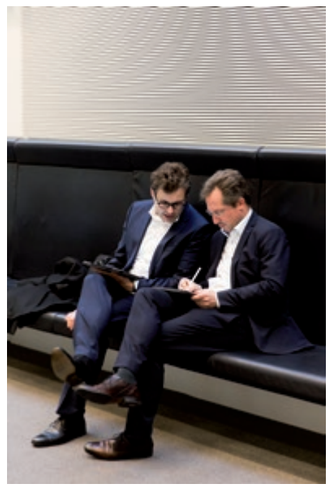
1399
Kleine/Große Anfragen[1]

1
Grundgesetz-änderung[2]

[1] 1395 Kleine Anfragen, 4 Große Anfragen
[2] Mit Stimmen der FDP

Alle unsere parlamentarischen Initiativen finden Sie auf fdpbt.de





02
Unsere Mission ist das selbst-bestimmte Leben in einer optimistischen Gesellschaft für jedermann.
Große Initiativen der ersten zwei Jahre im Bundestag.

Weltbeste Bildung.

Grundgesetzänderung für mehr Zusammenarbeit von Bund und Ländern.

Um im Bildungswettbewerb um die klügsten Köpfe gegen China, USA oder Großbritannien zu bestehen, brauchen wir hohe Bildungsstandards in ganz Deutschland. Ein Bildungsföderalismus nach Kassenlage, der zu unfairen Ergebnissen führt, bringt uns nicht voran. Bund und Länder müssen in der Bildung zusammenarbeiten dürfen, bei Investitionen in Gebäude und Ausstattung genauso wie bei Lehrerfortbildung oder IT-Administratoren an Schulen. Weil Bildung keine Frage des Geldes sein darf, haben wir der Bundesregierung bei der Grundgesetzänderung für den Digitalpakt eine Lockerung des Kooperationsverbotes abgerungen. (Drs. 19/4556)

Rechtsstaat verteidigen.

Antrag für Parlamentarischen Untersuchungsausschuss über Unregelmäßigkeiten bei Asylverfahren im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Die im April 2018 bekanntgewordenen Unregelmäßigkeiten bei der Bearbeitung und Genehmigung von Asylverfahren in der Bremer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) müssen lückenlos und umfassend aufgearbeitet werden. Um das Vertrauen in den Rechtsstaat dauerhaft zu sichern, müssen systemisches und persönliches Versagen konsequent aufgeklärt und abgestellt werden. Wir haben die Aufarbeitung in einem unabhängigen parlamentarischen Untersuchungsausschuss beantragt, die Bundesregierung hat diese sachlich-neutrale Untersuchung durch das Parlament leider verhindert. (Drs. 19/2524)

Selbstbestimmung in allen Lebenslagen – Antrag zur Streichung §219a StGB.

Wir wollen die Selbstbestimmung aller Menschen stärken. Gerade in schwierigen Lebenslagen – wie der Frage eines Schwangerschaftsabbruchs – brauchen Frauen leicht zugängliche, sachliche Informationen. Wir wollen keine Ärzte kriminalisieren, die auf einer Website genau diese allgemeinen Informationen zur Verfügung stellen. Deshalb haben wir uns im Deutschen Bundestag für die Abschaffung des §219a Strafgesetzbuch stark gemacht, der heute solche neutralen Informationsangebote unter Strafe stellt. (Drs. 19/6425)

Schluss mit falschen Versprechen – Anträge und Gesetzentwürfe zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

Der Solidaritätszuschlag ist als Sonderabgabe für die Belastungen aus der Deutschen Einheit eingeführt worden. Bei seiner Einführung wurde den Menschen versprochen, ihn nur zeitlich befristet zu erheben. 30 Jahre nach dem Mauerfall und mit dem Ende des Solidarpaktes II am 31.12.2019 endet auch die Berechtigung für den Solidaritätszuschlag. Es ist an der Zeit, dass die Politik Wort hält und ihr Versprechen einlöst. Wir haben mit Anträgen und Gesetzentwürfen die vollständige Abschaffung des Solis zum 1.1.2020 mehrfach beantragt und Vorschläge zur Gegenfinanzierung erbracht. Die Abgeordneten von CDU und CSU haben jedes Mal dagegen gestimmt, obwohl sie vor jeder Wahl die Abschaffung versprechen. (Drs. 19/4854; Drs. 19/1038)

Vernunft statt Verbote – Klimaziele verantwortungsbewusst erreichen.

Beim Klimaschutz ist Deutschland vom Musterknaben zum Problemfall geworden. In kaum einem anderen Land sind die Kosten des Klimaschutzes so hoch und ist der Erfolg so gering. Ambitionierte Ziele, immer mehr parallel laufende, sich teilweise widersprechende Einzelmaßnahmen, sowie ein bunter Strauß an Vorgaben und Abgaben haben in eine klimapolitische Sackgasse geführt. Wir haben im Bundestag einen Weg aufgezeigt, wie sich die Klimaziele nachhaltig und kostengünstig erreichen lassen: durch Ausweitung des Emissionshandels auf alle Sektoren (inklusive Verkehr und Landwirtschaft) und einen einheitlichen CO_2-Preis. Dies setzt Investitionsanreize für innovative klimaschonende Technologien. Durch die jährliche Verringerung der erlaubten CO_2-Menge erreichen wir die Klimaziele. Das ist Klimaschutz ohne unnötige volkswirtschaftliche Kosten, aber mit großer Planungssicherheit sowie Anpassungsflexibilität für die Privathaushalte und die Wirtschaft. (Drs. 19/821)

Gutes Auskommen, auch im Alter – Neue Basis-Rente schaffen.

Nach unserer Überzeugung muss gelten: Wer gearbeitet und vorgesorgt hat, muss im Alter immer mehr haben als die Grundsicherung – und somit mehr als derjenige, der nicht gearbeitet hat.

Deshalb brauchen wir eine faire, nachhaltig finanzierte und zielgenaue Hilfe gegen Altersarmut.

Es ist ungerecht, wenn sich geleistete Vorsorge nicht auswirkt und keinen Abstand zur Grundsicherung im Alter schafft. (Drs. 19/7694)

Neue Arbeit, neue Freiheit – Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes.

Die Digitalisierung wird unsere Arbeitswelt völlig umkrempeln. Mitarbeiter können und wollen zukünftig vielleicht nicht mehr acht Stunden in ihrem Büro sitzen. Sie wollen mobil arbeiten, von unterwegs oder zuhause aus, und dann, wann es ihnen passt. Damit Unternehmen und Mitarbeiter zukünftig flexibler Arbeitszeiten regeln können, haben wir ein Update für unser Arbeitszeitgesetz vorgeschlagen. Unternehmen und Gewerkschaften erhalten damit mehr Freiraum, um in Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen neue Arbeitszeitmodelle zu vereinbaren. (Drs. 19/1174)

Auf Augenhöhe: Staat und Bürger – Antrag für ein Bürgerentlastungsprogramm.

Die Kassen von Bund und Sozialversicherungen waren noch nie so voll wie heute und dennoch schafft es die Bundesregierung nicht, die sprudelnden Einnahmen für kluge Investitionen in die Infrastruktur einzusetzen. Bereits im Sommer 2018 haben wir deshalb ein großes Bürgerentlastungspaket in den Bundestag eingebracht. Einerseits wollen wir den Menschen durch Steuer- und Beitragsentlastung mehr finanziellen Spielraum schaffen, für Investitionen in die Zukunft oder die eigene Altersvorsorge. Andererseits muss der Staat die guten Zeiten nutzen, um Investitionen in die digitale Infrastruktur, Schienen, Straßen, Brücken und vor allem in Schulen und Universitäten zu investieren. Und das Wirtschaften für Unternehmen kann durch 10% weniger Bürokratielasten deutlich leichter werden. (Drs. 19/2986)

Für eine starke EU.

Antrag für eine europäische Grundwerteinitiative.

Die EU ist auf den Werten der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte gegründet worden. Doch auch in einigen EU-Staaten sind die Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Bürgerrechte durch Nationalisten und Populisten unter Druck geraten. Ihre mangelnde Achtung vor diesen Werten hat das Potential die Glaubwürdigkeit und Funktionsfähigkeit der EU zu beschädigen. Deshalb setzten wir uns für eine europäische Grundwerteinitiative ein. Die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten muss für jeden EU-Staat transparent und regelmäßig untersucht werden. Verstöße gegen die Grundwerte der EU müssen dann konsequent und mit Nachdruck, zum Beispiel durch die Streichung finanzieller Mittel, geahndet werden. (Drs. 19/7423)

Globalisierung gestalten.

Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Freihandelsabkommens CETA mit Kanada.

Der US-Präsident hat die Welt in einen unvorstellbaren Handelskonflikt gezwungen. Die Drohung mit Zöllen und Gegenzöllen bestimmen die politische Agenda und haben dem weltweiten Warenhandel schweren Schaden zugefügt. Gerade die deutsche Industrie, die Kunden in der ganzen Welt bedient, hat hierrunter stark zu leiden. Die Öffnung von Märkten hat auf der ganzen Welt zu mehr Wohlstand und Stabilität geführt. Mit dem fertig verhandelten Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) hätten wir gemeinsame Standards und kaum mehr Zölle für den Handel. Deshalb haben wir die Bundesregierung aufgefordert, CETA endlich zu ratifizieren und ein klares Zeichen gegen Protektionismus und Nationalismus zu setzen. Das haben die Koalitionsfraktionen bis heute abgelehnt. (Drs. 19/958)

Zeitgemäße Lösungen finden.

Eckpunkte für ein Einwanderungsgesetzbuch.

Deutschland ist das Ziel vieler Einwanderer. Aber Deutschland folgt nicht dem Leitbild eines Einwanderungslandes. Denn alle klassischen Einwanderungsländer bringen klar zum Ausdruck, wen sie sich als Einwanderer wünschen und wen nicht. Dieser Wunsch darf kein Resultat von Willkür oder Vorurteilen sein. Er muss sich deshalb in nachvollziehbaren Kriterien ausdrücken, die sich an den objektiven Interessen Deutschlands orientieren. Seit Jahrzehnten schiebt die Politik dieses Thema vor sich her und macht mehr Rück- als Fortschritte. Wir haben Eckpunkte für ein Einwanderungsrecht aus einem Guss vorgelegt. Es erleichtert die qualifizierte Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt, gewährleistet konsequenten Flüchtlingsschutz und regelt Migration und Integration nach unseren Interessen transparent und verbindlich. (Drs. 19/4832)

Mobilität garantieren.

Diesel-Fahrverbote verhindern.

In Deutschland hat sich ein Netzwerk aus Organisationen zusammengefunden und der individuellen Mobilität den Krieg erklärt. In einem einzigartigen Feldzug haben sie vor Gerichten Diesel-Fahrverbote für Innenstädte erwirkt. Diese beruhen auf ungleichen Messverfahren und umstrittenen Grenzwerten. Millionen Diesel-Fahrer dürfen sich nicht mehr frei bewegen und müssen einen massiven Wertverlust ihrer Fahrzeuge hinnehmen, obwohl die Luft in unseren Innenstädten objektiv immer sauberer wird und Fahrverbote nicht automatisch zu besserer Luft führen. Wir haben deshalb in mehreren Anträgen im Deutschen Bundestag einheitliche Messverfahren für Deutschland, ein Moratorium für die EU-Grenzwerte sowie Nachrüstlösungen für Euro-5-Diesel gefordert. (Drs. 19/4534; Drs. 19/5054)

Alle unsere parlamentarischen Initiativen finden Sie auf fdpbt.de

03 Unsere Herzensthemen.

GUTE SCHULEN SIND DIE BESTE SOZIAL-POLITIK.

Bildung ist die zentrale sozial- und gesellschaftspolitische Aufgabe. Wir sind der Überzeugung: Gute Schulen und Hochschulen sind die beste Sozialpolitik für unser Land. Wir trauen dem Menschen etwas zu. Wir sehen seine Kreativität und seinen Willen zu Leistung und Aufstieg. Wir wissen, dass Menschen unterschiedlich sind – aber alle sollen gleiche Chancen haben. Ihr Bildungserfolg darf nicht länger vom Elternhaus bestimmt sein. Von der frühen Förderung in den Kitas, über die Schule bis zur Berufsausbildung und dem Studium ist ein Modernisierungsschub überfällig – von Inhalten über Methoden bis zu den Ressourcen. Beim zu schaffenden zweiten Bildungssystem für ein lebensbegleitendes Lernen stehen wir sogar erst am Anfang, obwohl Zick-Zack-Biographien und der Strukturwandel diese Aufgabe täglich dringlicher machen.

Die erreichte Reform des Bildungsföderalismus erlaubt mehr Engagement des Bundes, das wir konkretisieren wollen. Zugleich ist dieser Schritt nur der Beginn einer grundlegenden Neubestimmung der Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen, die auch die Autonomie der einzelnen Schule stärken sollen. Zugleich müssen wir Wissenschaft und Forschung vorantreiben, um Disruptionen nicht erleiden zu müssen, sondern gestalten zu können – nicht zuletzt auch mit Blick auf die notwendigen Innovationen zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Fortentwicklung der Chancen aus der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz.

Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag setzen uns ein für:

- Einen zukunftsfähigen Bildungsföderalismus
- Digitalpakt 2.0
- MINT-Offensive
- Elternunabhängiges Baukasten-BAföG
- Exzellenzinitiative für die berufliche Bildung

MACHEN WIR KÜNSTLICHE INTELLIGENZ ZUR NATÜRLICHSTEN SACHE DER WELT.

DIGITALISIERUNG:

Deutschland hat noch immer kein Digitalministerium, dafür aber viel Kompetenzwirrwarr. Es sind alle und niemand zuständig. Es fehlen die Priorisierung und die Koordinierung. In Folge kommt der Ausbau der digitalen Infrastruktur nur im Schneckentempo voran. Der Glasfaserausbau erfolgt zu langsam und Funklöcher gehören noch zum Alltag. Auch bei der digitalen Behördenkommunikation und Verwaltung treten wir weiter auf der Stelle. Statt Verwaltungsprozesse vollständig neu und digital zu denken, werden nur bestehende, analoge Prozesse digital abgebildet.

Für uns Freie Demokraten im Deutschen Bundestag ist die digitale Revolution der Treiber des wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritts. Denn die Digitalisierung verändert alles: den Alltag, sie schafft neues Wissen und erhöht die Produktivität. Sie ist eine Chance, den alten Gegensatz von Kapital und Arbeit zu überwinden.

Sie stärkt Kreativität und Selbstbestimmung. Sie ebnet mehr Menschen den Weg in die Selbstständigkeit. Künstliche Intelligenz und Share Economy erlauben einen effizienteren Umgang mit natürlichen Ressourcen. Digitale Innovation strahlt in andere Bereiche wie Biotechnologie und smarte Mobilität aus. Unsere Regeln des Arbeitsmarktes, die öffentliche Verwaltung, das Kapitalmarktumfeld, der Umgang mit Daten, die Reaktionsfähigkeit bei Cyber-Angriffen – in nahezu allen Feldern bleibt zu viel Potenzial ungenutzt. Zugleich müssen wir einen klaren Ordnungsrahmen für den privaten Umgang mit Daten und für die Marktmacht von Plattformen und Konzernen schaffen. Unser Einsatz gilt dem Schutz der Privatsphäre und dem fairen Wettbewerb.

Wir Freie Demokraten setzen uns im Deutschen Bundestag ein für:

- **SMART GERMANY – Das Digitalministerium**
- **Flächendeckender Glasfaserausbau**
- **Digitale Verwaltung und den Smart Perso**
- **Recht auf Verschlüsselung**

Wirtschaft:

Unserem Land droht nicht nur eine Konjunktur-, sondern auch eine Strukturkrise. Die Verschiebung der Gewichte in der Weltwirtschaft und die technologische Disruption erwischen uns kalt. Über Jahre konzentrierte sich die Politik auf Verteilung und Verbrauch des Wohlstands. Unser Land wurde auf Verschleiß gefahren. Hier brauchen wir eine haushaltspolitische Wende. Deshalb arbeiten wir an den entscheidenden Hebeln von der Steuer- und der Arbeitsmarkt-, der Technologie- und der Handelspolitik, um den Menschen das wirtschaftliche Vorankommen zu erleichtern und die Standortbedingungen für Start-ups, Mittelstand, Handwerk und Industrie zu verbessern. Wir ermöglichen neue Quellen des Wohlstands und Arbeitsplätze der Zukunft. Sozialer und ökologischer Fortschritt beanspruchen Ressourcen.

Wir haben viele Ideen für Familie, Rente, Pflege, Gesundheit, Umwelt- und Klimaschutz. Wir wissen, dass ihre Verwirklichung Geld kostet. Deshalb wollen wir dafür die wirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen. Wir sind überzeugt: Fairness und Stärke unserer Gesellschaft bemessen sich daran, welche Aufstiegschancen jeder Einzelne besitzt. Wir halten dabei an den Gedanken von Eigentum und fairem Wettbewerb fest – der Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Anstelle von Steuererhöhungen und Möglichkeiten zur Umgehung der Schuldenbremse hinterfragen wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag die bestehenden Ausgaben im Bundeshaushalt kritisch. Ineffiziente Subventionen müssen abgeschafft und die Ausgaben des Staates auf seine vornehmlichen Aufgaben fokussiert werden.

Die sich daraus ergebenden Spielräume wollen wir für die Entlastung der Bürger und Investitionen in Fortschrittsbereiche wie Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur nutzen. Um die Fleißigen im Land zu entlasten, muss schnellstmöglich der Soli komplett und ersatzlos abgeschafft werden. Das ist auch eine Glaubwürdigkeitsfrage der Politik. Die Infrastruktur in Deutschland ist vom Verkehr über die digitalen Netze bis zu Wohngebäuden und Energie nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Neues Denken befreit uns aus der Abwärtsspirale: Wir brauchen verkürzte Genehmigungsverfahren und eine Investitionsoffensive, die privates Kapital mit den finanziellen und gesetzgeberischen Möglichkeiten des Staates verbindet, um im globalen Wettbewerb wieder ein führender Standort zu werden.

Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag setzen uns ein für:

- Verbesserte Standortbedingungen für Start-ups, Mittelstand, Handwerk und Industrie
- Sofortprogramm zur Unternehmenssteuerreform
- Liberale Wege, das Handwerk zu stärken
- Entlastung der Bürgerinnen und Bürger
- Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen
- Kluge Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur
- Aufstellung eines generationengerechten Haushalts
- Freiheitszonen als Experimentierräume für Innovationen und Unternehmensgründungen

Alle unsere parlamentarischen Initiativen finden Sie auf fdpbt.de

WIRTSCHAFT IST NICHT DAS PROBLEM. WIRTSCHAFT IST DIE LÖSUNG.

04

Drängende Themen unserer Zeit.

UMWELT UND KLIMA:

Der Klimaschutz ist eine Aufgabe für die Zukunft der Menschheit. Deshalb denken wir auch die Reaktion global und als Frage der Innovation. Nur so lassen sich die ambitionierten Klimaziele von Paris erreichen. Viele predigen Askese und den Verzicht auf Wohlstand. Der Klimaschutz wird als Vorwand genutzt, um Lebensstile vorzugeben und Front gegen die Industrie zu machen. Auf diesem Weg wird uns niemand auf der Welt folgen. Katastrophenrhetorik, Aktionismus, Bevormundung und Planwirtschaft sind unsere Sache nicht. Wer die Erderwärmung stoppen will, braucht einen kühlen Kopf. Als Erfindernation ist es unsere Chance und ethische Verantwortung zugleich, Spitzentechnologien zu entwickeln, die selbstbestimmte Lebensweise und wirtschaftlichen Fortschritt mit der Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen vereinbaren. Denn nur so sind wir Vorbild für andere. Deshalb setzen wir auf Rahmenbedingungen, die einen marktwirtschaftlichen Ideenwettbewerb bei der Vermeidung von CO_2 forcieren, um diesem effektiv ein Limit zu setzen. Wir setzen auf Technologieoffenheit. Denn beispielsweise E-Fuels und Wasserstoff bieten noch ungenutzt Potenziale. Wir entwickeln und fördern Methoden, um Treibhausgase aus der Atmosphäre zurückzugewinnen, zu nutzen und zu speichern. Für uns ist Klimaschutz auch eine Frage der internationalen Kooperation, z. B. beim Erhalt, der Aufforstung und der Bewirtschaftung des globalen Waldbestandes. Geo-Engineering sehen wir als große Chance an.

Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag setzen uns ein für:

- Erweitertes Emissionshandelssystem für Wärme und Verkehr
- Blockchainbasierter CO_2-Kreislauf
- Aufbau funktionierender Verwertungskreisläufe für Plastikmüll
- Artenschutzstrategie
- Zügige und umweltfreundliche Beseitigung von Kampfmitteln

DEM LAND DER ERFINDER SOLLTE MEHR EINFALLEN ALS VERBOTE.

Migration:

Die Steuerung von Migration und gelingende Integration sind ein Beitrag zur Überwindung der Spaltung unserer Gesellschaft. Die Polarisierung zwischen einer nahezu als grenzenlos empfundenen Aufnahmebereitschaft einerseits und Abschottung andererseits ist weder realistisch noch hat sie Zukunft. Wir wollen von erfolgreichen Einwanderungsländern lernen. Nirgendwo sonst wird Zuwanderung dem Zufall überlassen. Deutschland hat eine der am stärksten alternden Bevölkerungen der Welt und steht im globalen Wettbewerb um Talente. Dafür aber müssen wir unseren Standort attraktiver machen, indem wir ein modernes Einwanderungsgesetz mit Punktesystem schaffen, Hürden für legale Einwanderung in den Arbeitsmarkt einreißen und Toleranz auch im Alltag leben.

Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung und helfen denen, die unsere Hilfe vor Krieg und Verfolgung benötigen. Die Menschen, die einen Anspruch auf humanitären Schutz haben, sollen schneller Rechtssicherheit über ihren Status und eine dauerhafte Bleibeperspektive erhalten, sofern sie sich gut integrieren, sich an unsere Gesetze halten und selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Gleichzeitig muss der Aufenthalt der Menschen ohne dauerhafte Bleibeperspektive schneller und konsequenter beendet werden. Jedes System sozialer Sicherheit und öffentlicher Ordnung setzt die Kontrolle des Zugangs voraus. Diese wollen wir dauerhaft sicherstellen, indem wir z. B. die Außengrenzen der EU wirksam sichern.

Unsere Leitkultur sind die Werte des Grundgesetzes. Ihnen wollen wir Geltung verschaffen. Wir verschließen daher nicht die Augen vor praktischen Alltagsproblemen des Zusammenlebens, aber wir nehmen genauso jeden in Schutz vor Ressentiments und Fremdenfeindlichkeit. Integration ist sowohl ein Angebot der aufnehmenden Gesellschaft als auch eine Erwartung an diejenigen, die zu uns kommen.

Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag setzen uns ein für:

- Einwanderungsgesetzbuch aus einem Guss
- „Spurwechsel" für gut integrierte Schutzsuchende
- Staatsangehörigkeitsrecht, das doppelte Staatsangehörigkeit bis zur Generation der Enkel der Eingebürgerten grundsätzlich zulässt
- Erklärung der Maghreb-Staaten und Georgiens zu sicheren Herkunftsländern und regelmäßige Prüfung, ob weitere Staaten als sichere Herkunftsländern eingestuft werden können
- Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems
- Effektiven Schutz der Außengrenzen durch die EU-Grenzschutzagentur Frontex

Alle unsere parlamentarischen Initiativen finden Sie auf fdpbt.de

VON ERFOLGREICHEN EINWANDERUNGS-LÄNDERN LERNEN.

05

Wie wir miteinander leben wollen.

Wohnen

- Deutschland braucht **neue Impulse für den Wohnungsbau,** um den Mietenanstieg in zahlreichen Regionen entgegenzuwirken. Dafür wollen wir die Nachverdichtung von Quartieren und die Aufstockung von Wohngebäuden erleichtern sowie zusätzliche Bauflächenpotentiale heben. Ohne digitale Planungs- und Genehmigungsprozesse sowie einer Vereinfachung des Baurechts wird dies nicht möglich sein. Zusätzlich setzen wir uns für eine kritische Prüfung aller Gesetze, Verordnungen und Normen ein, die die Baukosten in die Höhe treiben. Wir fordern deshalb einen Baukosten-TÜV.

- Die zunehmende Regulierung des Wohnungsmarkts hemmt Investitionen in den Neubau. Deshalb **muss die Mietpreisbremse 2020 auslaufen.**

- Um den privaten Wohneigentumserwerb zu erleichtern, setzen wir uns für die **Schaffung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer** ein. Deutschland muss endlich zur Eigentümernation werden.

Familie

- **Ein Kinderchancengeld**
  Mit dem Kinderchancengeld streben wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag eine Bündelung, Vernetzung und Vereinfachung von kindesbezogenen Leistungen an, damit die Unterstützung auch da ankommt, wo sie gebraucht wird und der Bürokratieaufwand für Familien nachhaltig reduziert wird.

- **Die Digitalisierung von familienbezogenen Leistungen**
  Familienbezogene Leistungen müssen endlich auch digital zu beantragen sein, denn Familien müssen ihre wertvolle gemeinsame Zeit anders verbringen können, als beim Amt zu sitzen.

- **Echte Chancengerechtigkeit**
  Den Ansprüchen heutiger Familien wird man nur dann gerecht, wenn echte Chancengerechtigkeit besteht. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität gleiche Chancen haben und dass Familienformen abseits des klassischen Vater-Mutter-Kind-Modells rechtliche Sicherheit erfahren.

- **Die Steigerung der Attraktivität des Erzieherberufes**
  Die Kindertagesbetreuung ist eine wesentliche Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – sie muss ausgebaut, flexibilisiert und qualitativ hochwertig sein. Außerdem muss die Attraktivität des Erzieherberufes durch eine Abschaffung des Schulgelds für die Erzieherausbildung, mehr Aufstiegschancen und bessere Vergütungsmodelle gesteigert werden.

Arbeit & Soziales

- Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag fordern **flexiblere Arbeitszeiten,** die den Bedürfnissen von Beschäftigten Rechnung tragen und Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen abbauen.

- Durch die Einführung unserer **„Basis-Rente“** wollen wir Altersarmut zielgenau bekämpfen. Wer gearbeitet und vorgesorgt hat, soll immer mehr haben, als wenn er dies nicht getan hätte.

- Wir wollen eine bürokratiearme, leistungsgerechte und würdebewahrende Grundsicherung schaffen. Dieses Update für die Grundsicherung heißt bei uns **Liberales Bürgergeld.** Dadurch wird das individuelle Schonvermögen erhöht, verschiedene Sozialleistungen werden gebündelt und die Zuverdienst-Regelungen attraktiver ausgestaltet.

- **Fairness für Selbstständige** wollen wir durch mehr Rechtssicherheit für den Status als Selbstständiger und maximale Wahlfreiheit bei der Altersvorsorge erreichen.

- Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag wollen die **Selbstverwaltung im Gesundheitswesen stärken** und den Ärzten, Pflegekräften, Krankenhäusern und Krankenversicherungen wieder mehr Möglichkeiten geben, selbst zu gestalten. Das bedeutet für uns auch den Abbau von Bürokratie und Dokumentationspflichten.

- Eine konsequente **Umsetzung der Digitalisierung macht das Gesundheitswesen schneller,** besser und günstiger. Deshalb streben wir das papierlose Gesundheitswesen an. Sämtliche Kommunikationsformen zwischen den Akteuren im Gesundheitswesen müssen systematisch und ausschließlich auf digitale Anwendungen umgestellt werden.

Sicherheit & Recht

- **Eine Reform der föderalen Sicherheitsarchitektur**
  Wir brauchen eine Föderalismusreform III, die eindeutig die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern regelt, das Nebeneinander von 17 Verfassungsschutzbehörden beendet und eine klare gesetzliche Grundlage für das gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum von Bund und Ländern schafft.

- **Die Verbesserung der IT-Sicherheit**
  Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag haben ein umfassendes Konzept zur Verbesserung der IT-Sicherheit vorgelegt, das unter anderem das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik mit stärkeren Befugnissen ausstattet und aus dem Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums herauslöst. Unser Konzept sieht zudem eine Haftung für IT-Sicherheitslücken und klare Regeln zu Updateverpflichtungen für IT-Produkte vor.

- **Ein modernes Recht für Familien und das Elternwerden**
  Wir wollen ein modernes Familienrecht, das den Menschen verlässliche Rahmenbedingungen zur Verfügung stellt, kein Lebensmodell aufzwingt und der Vielfalt der familiären Konstellationen Rechnung trägt (z. B. im Umgangsrecht durch das Wechselmodell bei getrenntlebenden Eltern, oder im Abstammungsrecht bei „Regenbogenfamilien"). Wir wollen Kinderwünsche ermöglichen. Dazu wollen wir die Barrieren für die Reproduktionsmedizin abbauen, Kinderwunschbehandlungen fördern und nicht mehr von starren Kriterien abhängig machen, sowie die Eizellenspende und auch die nichtkommerzielle Leihmutterschaft in engen Grenzen zulassen.

- **Eine rationale und freiheitsorientierte Strafrechtspolitik**
  Wir setzen uns für eine freiheitsorientierte und rationale Strafrechtspolitik ein, die das Strafrecht wieder als „ultima ratio" begreift. Zudem werden wir Vorschläge zu einer Reform des Strafprozessrechts vorlegen, welche die Verfahrensdauer verkürzen und die Bewältigung von Großverfahren erleichtern, ohne dabei die Rechte der Angeklagten und Verteidiger substantiell weiter zu beschneiden. Hierzu soll das deutsche Strafverfahren auf die Höhe der Zeit gebracht werden (z. B. durch das Recht auf einen Verteidiger ab der ersten Stunde oder eine audiovisuelle Aufzeichnung von Vernehmungen und der Hauptverhandlung).

Internationale Politik

- **Die Menschenrechte stehen für uns im Dialog mit internationalen Partnern oben auf der Agenda. Denn klar ist, wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheit gehören für uns zusammen.**

- **Deutschland braucht Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik aus einem Guss, um unsere Interessen gemeinsam mit den Partnern in EU und NATO umzusetzen.**

- **Wir wollen, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten Ansatzes langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationale Sicherheit investiert und damit auch seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt.**

- **Deutschland hat keine Europapolitik – das muss sich ändern: Wir wollen mutige EU-Reformen anstoßen und umsetzen.**
  Dazu gehört die Verkleinerung der EU-Kommission, die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in der Außen- und Sicherheitspolitik, die bessere Sicherung der EU-Außengrenzen und eine Vollendung des EU-Binnenmarktes bei Digitalisierung, Energie und Kapitalmärkten.

- **Unsere langfristigen Ziele sind ein Europäischer Außenminister, ein Europäischer Sicherheitsrat und der Aufbau einer europäischen Armee.**

- **Deutschland muss sich für einen intensiven Dialog Europas mit den USA auch in schwierigen Zeiten einsetzen, insbesondere über den Umgang mit Staaten wie China und Russland.**

- **Die EU-Strategie zur Förderung der Konnektivität mit Asien muss strategisch weiterentwickelt werden. Dazu gehört die Vertiefung der Partnerschaft mit den Staaten in Zentralasien und der Ausbau der Beziehungen zu den ASEAN-Staaten.**

- **Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag setzen uns für eine moderne Bundeswehr mit einsatzorientierten Strukturen ein, die sowohl zur Bündnis- und Landesverteidigung als auch für internationale Einsätze befähigt ist. Dazu muss die Bundeswehr endlich besser ausgestattet werden.**

- **Damit die Mitgliedstaaten der Eurozone solide haushalten, braucht die Währungsunion eine Insolvenzordnung für Staaten sowie eine Möglichkeit, geordnet zur eigenen Währung zurückzukehren, ohne die EU verlassen zu müssen.**

- **Entwicklungszusammenarbeit (EZ) leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Wir fordern deshalb Aufforstungen im Rahmen der EZ weltweit. Die ärmsten Länder wollen wir verstärkt durch Förderung von Bildung und Gesundheitsversorgung sowie weitere Maßnahmen zur Minderung von Fluchtursachen unterstützen.**

Ernährung & Landwirtschaft

- Innovative Züchtungsmethoden wie CRISPR/CAS9 bieten durch Schnelligkeit und Flexibilität ein enormes Potential, um die Herausforderungen von Klimawandel und Bevölkerungsentwicklung zu stemmen. Damit Deutschland und Europa nicht den Anschluss verlieren, fordern wir eine grundsätzliche **Überarbeitung der veralteten EU-Gentechnikregelungen.**

- Wir brauchen eine **europaweite Vereinheitlichung der Tierhaltungsstandards.** Nur so lassen sich Wettbewerbsnachteile beseitigen und echte Erfolge für das Tierwohl erzielen.

- Damit beim Thema Wolf wieder Frieden in den Dörfern herrscht, braucht es ein **umfassendes Wolfsmanagement.** Wir fordern daher die Umsetzung unseres ganzheitlichen Ansatzes, der neben einer Vergrämung und Bejagung verhaltensauffälliger Wölfe auch unbürokratische Entschädigungen bei Wolfsrissen und anteilige Kompensationen für die Aufwendungen der Nutztierhalter beim Herdenschutz vorsieht.

- Angesichts knapper werdender Haushaltsmittel und neuer Herausforderungen auf EU-Ebene braucht es bei der gemeinsamen Agrarpolitik eine klarere Zielfokussierung und einen deutlich effizienteren Mitteleinsatz. In diesem Zusammenhang wollen wir ein Konzept entwickeln, um **die Land- und Ernährungswirtschaft in das Emissionshandelssystem der EU einzubinden.** Nur so lassen sich Anreize für CO_2-Bindung und -Reduktion langfristig ausgestalten.

- Die heißen Temperaturen und der ausbleibende Niederschlag des Jahres 2018 zollen ihren Tribut: Um ein Waldsterben 2.0 zu verhindern, fordern wir die **Einsetzung einer Task-Force für den Wald,** die neben der Beräumung von Schad- und Totholz für die Umsetzung eines Gesamtkonzeptes verantwortlich ist, das von einer klimastabilen Wiederaufforstung bis hin zur Waldbrand- und Schaderregerprävention reicht.

Verkehr & Mobilität

- **„Nationaler Zukunftsfonds“**
  Für sauberes Fliegen wollen wir über einen sehr weit gefassten Forschungsansatz effizient zu marktgängigen Lösungen insbesondere im Bereich synthetischer Kraftstoffe kommen. Notwendig ist daher ein neues Instrument zur Forschungsförderung, bei dessen Nutzung die besten und innovativsten Lösungen offen um eine monetäre Zuwendung konkurrieren können. Zur kurzfristigen Finanzierung sollen bereits veranschlagte Forschungsmittel im Bereich Klima- und Umweltschutz sowie Forschungsgelder im Etat des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur entsprechend umgeschichtet werden. Kernstück einer neuen technologieoffenen und kompetitiven Forschungsförderung soll ein neu zu schaffender „Nationaler Zukunftsfonds“ sein.

- **Autonomes Fahren**
  Wir müssen in Deutschland jetzt die Weichen für das autonome Fahren stellen, damit deutsche Anbieter und Automobilhersteller hierzulande das autonome Fahren auf die Straße bringen können und die Wertschöpfung im eigenen Land bleibt.

- **Digitalisierung der Planungsverfahren**
  Die immer noch bürokratischen und analogen Planungsverfahren für die Infrastruktur wollen wir durch Digitalisierung effektiveren. Durch Nutzung digitaler Instrumente soll die Qualität von Bürgerbeteiligung verbessert werden. Betroffene Menschen sollen dadurch besser eingebunden und repräsentiert werden.

- **Organisatorische Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn**
  Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag wollen endlich die organisatorische Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn durchsetzen. Und die Betreiberunternehmen in einen Wettbewerb bringen. Nur Wettbewerb wird zu einer höheren Qualität bei besserem Service und niedrigeren Preisen für die Bahnkunden führen.

Alle unsere parlamentarischen Initiativen finden Sie auf fdpbt.de

Und das war erst der Anfang.

Melden Sie sich bei uns!

Grigorios Aggelidis
Sprecher für Familie & Senioren
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen & Jugend
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit
grigorios.aggelidis@bundestag.de

Renata Alt
Auswärtiger Ausschuss
renata.alt@bundestag.de

Christine Aschenberg-Dugnus
Sprecherin für Gesundheitspolitik
Ausschuss für Gesundheit
christine.aschenberg-dugnus@bundestag.de

Nicole Bauer
Sprecherin für Frauen
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen & Jugend
Ausschuss für Ernährung & Landwirtschaft
nicole.bauer@bundestag.de

Jens Beeck
Sprecher für Teilhabepolitik
Ausschuss für Arbeit & Soziales
jens.beeck@bundestag.de

Dr. Jens Brandenburg
Sprecher für Studium, berufliche Bildung &
lebenslanges Lernen
Sprecher für LSBTI
Ausschuss für Bildung, Forschung &
Technikfolgenabschätzung (Obmann)
jens.brandenburg@bundestag.de

Mario Brandenburg
Sprecher für Technologie
Ausschuss für Bildung, Forschung &
Technikfolgenabschätzung
mario.brandenburg@bundestag.de

Dr. Marco Buschmann
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
Ausschuss für Recht & Verbraucherschutz
Ausschuss für Wahlprüfung,
Immunität & Geschäftsordnung (Obmann)
marco.buschmann@bundestag.de

Karlheinz Busen
Sprecher für Forstwirtschaft & Jagd
Ausschuss für Ernährung & Landwirtschaft
karlheinz.busen@bundestag.de

Carlo Cronenberg
Ausschuss für Arbeit & Soziales
carl-julius.cronenberg@bundestag.de

Britta Dassler
Sprecherin für Sportpolitik
Sportausschuss
Ausschuss für Bildung, Forschung &
Technikfolgenabschätzung
britta.dassler@bundestag.de

Bijan Djir-Sarai
Sprecher für Außenpolitik
Auswärtiger Ausschuss
bijan.djir-sarai@bundestag.de

Christian Dürr
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender Arbeitskreis
„Politik, die rechnen kann“
christian.duerr@bundestag.de

Hartmut Ebbing
Sprecher für Kultur
Ausschuss für Kultur & Medien
Petitionsausschuss
hartmut.ebbing@bundestag.de

Dr. Marcus Faber
Verteidigungsausschuss
marcus.faber@bundestag.de

Daniel Föst
Sprecher für Bau- & Wohnpolitik
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen & Jugend
Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung &
Kommunen (Obmann)
daniel.foest@bundestag.de

Otto Fricke
Sprecher für Haushaltspolitik
Haushaltsausschuss
otto.fricke@bundestag.de

Alexander Graf Lambsdorff
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender Arbeitskreis „Freiheit
und Menschenrechte weltweit“
alexander.graflambsdorff@bundestag.de

Thomas Hacker
Sprecher für Medien
Ausschuss für Kultur & Medien
Ausschuss für Angelegenheiten
der Europäischen Union
thomas.hacker@bundestag.de

Peter Heidt
Ausschuss für Bildung, Forschung &
Technikfolgenabschätzung
Sportausschuss
Ausschuss für Menschenrechte & humanitäre Hilfe
peter.heidt@bundestag.de

Katrin Helling-Plahr
Ausschuss für Gesundheit;
Ausschuss für Recht & Verbraucherschutz
katrin.helling-plahr@bundestag.de

Markus Herbrand
Finanzausschuss
markus.herbrand@bundestag.de

Torsten Herbst
Ausschuss für Verkehr & digitale Infrastruktur
(Obmann)
torsten.herbst@bundestag.de

Katja Hessel
Finanzausschuss
katja.hessel@bundestag.de

Dr. Gero Hocker
Sprecher für Landwirtschaftspolitik
Ausschuss für Ernährung & Landwirtschaft
gero.hocker@bundestag.de

Manuel Höferlin
Sprecher für Digitalpolitik
Ausschuss für Inneres & Heimat
Ausschuss für Digitale Agenda (Obmann)
manuel.hoeferlin@bundestag.de

Dr. forest Christoph Hoffmann
Sprecher für Entwicklungspolitik
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
christoph.hoffmann@bundestag.de

Reinhard Houben
Sprecher für Wirtschaftspolitik
Ausschuss für Wirtschaft & Energie
reinhard.houben@bundestag.de

Ulla Ihnen
Haushaltsausschuss
ulla.ihnen@bundestag.de

Olaf in der Beek
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (Obmann)
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit
olaf.inderbeek@bundestag.de

Gyde Jensen
Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte
Sprecherin für Menschenrechte & humanitäre Hilfe
Ausschuss für Menschenrechte & humanitäre Hilfe
gyde.jensen@bundestag.de

Dr. Christian Jung
Ausschuss für Verkehr & digitale Infrastruktur
christian.jung@bundestag.de

Thomas L. Kemmerich
Ausschuss für Wirtschaft & Energie
thomas.kemmerich@bundestag.de

Karsten Klein
Haushaltsausschuss
karsten.klein@bundestag.de

Dr. Marcel Klinge
Sprecher für Tourismuspolitik
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Wirtschaft & Energie
marcel.klinge@bundestag.de

Daniela Kluckert
Ausschuss für Verkehr & digitale Infrastruktur
daniela.kluckert@bundestag.de

Pascal Kober
Sprecher für Sozialpolitik
Ausschuss für Arbeit & Soziales (Obmann)
pascal.kober@bundestag.de

Dr. Lukas Köhler
Sprecher für Klimapolitik
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau &
Reaktorsicherheit (Obmann)
lukas.koehler@bundestag.de

Carina Konrad
Ausschuss für Ernährung & Landwirtschaft
(Obfrau)
carina.konrad@bundestag.de

Wolfgang Kubicki
Vizepräsident des Deutschen Bundestages
wolfgang.kubicki@bundestag.de

Konstantin Kuhle
Sprecher für Innenpolitik
Ausschuss für Inneres & Heimat
Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union
konstantin.kuhle@bundestag.de

Alexander Kulitz
Sprecher für Außenhandel & Außenwirtschaft
Auswärtiger Ausschuss
alexander.kulitz@bundestag.de

Ulrich Lechte
Auswärtiger Ausschuss
ulrich.lechte@bundestag.de

Christian Lindner
Fraktionsvorsitzender
christian.lindner@bundestag.de

Michael Link
Sprecher für Europapolitik
Ausschuss für Angelegenheiten
der Europäischen Union (Obmann)
michael.link@bundestag.de

Oliver Luksic
Sprecher für Verkehrspolitik
Ausschuss für Verkehr & digitale Infrastruktur
oliver.luksic@bundestag.de

Till Mansmann
Ausschuss für Arbeit & Soziales
Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit & Entwicklung
till.mansmann@bundestag.de

Dr. Jürgen Martens
Sprecher für Rechtspolitik
Ausschuss für Recht & Verbraucherschutz
juergen.martens@bundestag.de

Christoph Meyer
Haushaltsausschuss
christoph.meyer@bundestag.de

Alexander Müller
Verteidigungsausschuss (Obmann)
alexander.mueller@bundestag.de

Roman Müller-Böhm
Ausschuss für Tourismus (Obmann)
Ausschuss für Recht & Verbraucherschutz
(Obmann)
roman.mueller-boehm@bundestag.de

Frank Müller-Rosentritt
Auswärtiger Ausschuss
frank.mueller-rosentritt@bundestag.de

Prof. Dr.-Ing. Martin Neumann
Sprecher für Energiepolitik
Ausschuss für Wirtschaft & Energie
martin.neumann@bundestag.de

Hagen Reinhold
Sprecher für maritime Wirtschaft
Ausschuss für Bau, Wohnen,
Stadtentwicklung & Kommunen
hagen.reinhold@bundestag.de

Bernd Reuther
Ausschuss für Verkehr & digitale Infrastruktur
bernd.reuther@bundestag.de

Dr. Stefan Ruppert
Parlamentarischer Geschäftsführer für Personal
Sprecher für Kirchen, Religions- &
Weltanschauungsgemeinschaften
Haushaltsausschuss (Obmann)
stefan.ruppert@bundestag.de

Dr. rer. pol. h.c. Thomas Sattelberger
Sprecher für Innovationen, Bildung, Forschung
Ausschuss für Bildung, Forschung &
Technikfolgenabschätzung
thomas.sattelberger@bundestag.de

Christian Sauter
Verteidigungsausschuss
christian.sauter@bundestag.de

Frank Schäffler
Finanzausschuss
frank.schaeffler@bundestag.de

Dr. Wieland Schinnenburg
Sprecher für Sucht- & Drogenpolitik
Ausschuss für Gesundheit
wieland.schinnenburg@bundestag.de

Jimmy Schulz
Ausschuss für Inneres & Heimat
Vorsitzender des Ausschusses Digitale Agenda
jimmy.schulz@bundestag.de

Matthias Seestern-Pauly
Sprecher für Kinder & Jugendliche
Ausschuss für Familie, Senioren,
Frauen & Jugend (Obmann)
matthias.seestern-pauly@bundestag.de

Frank Sitta
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender Arbeitskreis
„Ein unkomplizierter Staat“
frank.sitta@bundestag.de

Judith Skudelny
Sprecherin für Umweltpolitik
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit
judith.skudelny@bundestag.de

Dr. Hermann Otto Solms
Ehrenvorsitzender der Fraktion
hermann.solms@bundestag.de

Bettina Stark-Watzinger
Vorsitzende des Finanzausschusses
Finanzausschuss
bettina.stark-watzinger@bundestag.de

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Sprecherin für Verteidigungspolitik
Sprecherin für Kommunalpolitik
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadt-
entwicklung & Kommunen
1. Untersuchungsausschuss des
Verteidigungsausschusses / 19. Wahlperiode
marie-agnes.strack-zimmermann@bundestag.de

Benjamin Strasser
Ausschuss für Inneres & Heimat
1. Untersuchungsausschuss / 19. Wahlperiode
(Obmann)
benjamin.strasser@bundestag.de

Katja Suding
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Vorsitzende Arbeitskreis
„Weltbeste Bildung für jeden“
katja.suding@bundestag.de

Linda Teuteberg
Sprecherin für Migrationspolitik
Ausschuss für Inneres & Heimat (Obfrau)
linda.teuteberg@bundestag.de

Michael Theurer
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender Arbeitskreis
„Vorankommen durch eigene Leistung“
michael.theurer@bundestag.de

Stephan Thomae
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender Arbeitskreis
„Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“
stephan.thomae@bundestag.de

Manfred Todtenhausen
Sprecher für Petitionen
Ausschuss für Wirtschaft & Energie
Petitionsausschuss (Obmann)
manfred.todtenhausen@bundestag.de

Dr. Florian Toncar
Parlamentarischer Geschäftsführer für Finanzen
Sprecher für Finanzpolitik
Finanzausschuss (Obmann)
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität,
Geschäftsordnung
florian.toncar@bundestag.de

Prof. Dr. Andrew Ullmann
Ausschuss für Gesundheit (Obmann)
andrew.ullmann@bundestag.de

Gerald Ullrich
Ausschuss für die Angelegenheiten der
Europäischen Union; Petitionsausschuss
gerald.ullrich@bundestag.de

Johannes Vogel
Sprecher für Arbeitsmarkt- & Rentenpolitik
Ausschuss für Arbeit & Soziales
johannes.vogel@bundestag.de

Sandra Weeser
Ausschuss für Wirtschaft & Energie (Obfrau)
sandra.weeser@bundestag.de

Nicole Westig
Sprecherin für Pflegepolitik
Ausschuss für Gesundheit
nicole.westig@bundestag.de

Katharina Willkomm
Sprecherin für Verbraucherschutz
Ausschuss für Recht & Verbraucherschutz
katharina.willkomm@bundestag.de

Freie Demokraten

Fraktion im Bundestag FDP

Verantwortlich:
Fraktion der Freien Demokraten
im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vertreten durch:
Dr. Marco Buschmann MdB
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer

Kontakt:
Telefon 030 403699001
E-Mail dialog@fdpbt.de
www.fdpbt.de